

Baselland überprüft Homeschooling-Regeln

Nach Treffen mit Maskengegnern prüft Monica Gschwind, ob Eltern Kinder doch von der Schule nehmen dürfen.

Michael Nittnaus

Heute Montag kehren auch im Baselbiet die letzten Schulklassen in den Präsenzunterricht zurück. Im Gespräch mit der bz zieht die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind ein positives Fazit zum Schulstart 2022: «Die grosse Mehrheit der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler haben die verschärften Coronamassnahmen gut aufgenommen. Ich erhielt viele Zuschriften, in denen sich Menschen bei mir bedankten.»

Die Freisinnige weiss aber: «Es gibt eine Minderheit, welche die Massnahmen lautstark bekämpft. Das ist in der aussergewöhnlichen Situation der Pandemie auch normal.» Laut war er tatsächlich, der Protest von schätzungsweise 300 Eltern und Kindern, die vor einer Woche durchs Liestaler Stedtli zogen, um gegen die Maskenpflicht ab der ersten Primarklasse sowie das obligatorische Testen zu demonstrieren (bz berichtete). Gschwind betont: «Ich nehme die Ängste dieser Eltern sehr ernst.»

Zwar folgte die Regierungsrätin nicht der Einladung von Organisatorin Caroline Jockel vom

Verein Eltern für Kinder, an die Demo zu kommen. Gschwind lud aber eine Delegation zu sich ins Büro ein. Vergangenen Donnerstag fand das Treffen statt. Jockel kam mit einer Kinderärztin und einem Juristen; neben Gschwind waren Beat Lüthy vom Amt für Volksschulen sowie Bildungsdirektionssprecher Michael Lehner vor Ort. Per Video zuschalten liess sich Kantonsarzt Samuel Erny.

Geltende Antragsfristen passen nicht zur Pandemie

Und das war das erste Problem: Erny habe dies laut Jockel damit begründet, bei der momentanen Coronalage nicht mit jemanden ohne Maske im Raum sein zu wollen. Jockel besitzt ein ärztliches Attest und kann dies nicht nachvollziehen. «Ich weiss, dass es nicht selbstverständlich ist, dass wir eine Stunde lang mit der Regierungsrätin und Amtsleitern reden durften. Doch sie waren leider nicht bereit, sich auf unsere Standpunkte einzulassen.»

Das stimmt allerdings nicht ganz. Wie Gschwind der bz bestätigt, hat man einen Antrag der Delegation zur Prüfung entgegengenommen: «Wir an-

erkennen, dass die Pandemie eine besondere Lage ist und werden daher überprüfen, ob die geltenden Fristen zum Homeschooling angepasst werden können.» Die bz hatte bereits vergangene Woche berichtet, dass maskenkritische Eltern ihre Kinder aus der Schule nehmen wollen. Doch Anträge für

«Wir anerkennen, dass die Pandemie eine besondere Lage ist.»



Monica Gschwind
Bildungsdirektorin Baselland

«private Schulung» müssten jeweils bis Oktober für das folgende Schuljahr eingereicht werden, und Kinder könnten dafür nicht während eines laufenden Schuljahres aus dem Unterricht genommen werden.

Mögliches Szenario: Nur noch Kernfächer vor Ort

Die Bildungsdirektion prüft nun, ob Anträge bis Ende Januar erlaubt werden und, ob ein Wechsel ins Homeschooling vor dem Sommer möglich ist. «Es freut mich sehr, dass sie unseren Antrag prüfen, denn viele Eltern wollen rasch handeln», sagt Jockel. Die Lehrerin und Mutter hält aber auch fest: «Es kann gut sein, dass einige Eltern ihre Kinder sowieso aus der Staatsschule nehmen, ob mit oder ohne Bewilligung. Jeder sollte seinen eigenen Weg gehen dürfen.»

Die verschärfte Maskenpflicht gilt auch für Privatschulen, betont Gschwind. Nur vom Testobligatorium seien diese ausgenommen, wobei viele dennoch mitmachten. Zahlen, wie viele Primarschülerinnen und -schüler vergangene Woche ohne Maske in die Schule zurückkehrten, hat Baselland noch kei-

ne. «Die Situation ist von Schule zu Schule sehr unterschiedlich», so Gschwind. Kinder ohne Maske würden innerhalb des Klassenzimmers separiert und nicht nach Hause geschickt. Aber Gschwind sagt klar: «Die Schulleitungen müssen dann das Gespräch mit den Eltern suchen und aufzeigen, dass eine längere Weigerung Disziplinarmaßnahmen zur Folge hat.»

Gschwinds oberstes Ziel bleibt es, den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten. Für den Fall, dass sich die Lage an den Schulen wegen der Omikron-Variante drastisch verschlimmert, ist der Kanton daran, weitere Massnahmen vorzubereiten. Er prüft verschiedene Zwischenschritte, ehe Fernunterricht unausweichlich würde. Gschwind nennt als Beispiel ein komplett neues Szenario, das zur Diskussion steht: «Der Unterricht vor Ort könnte auf die wichtigsten Kernfächer reduziert werden. Alles andere fände dann im Fernunterricht statt.» So wären weiterhin die so wichtigen sozialen Kontakte möglich. Allerdings müsse noch geprüft werden, ob so eine Massnahme für die Schulen wirklich umsetzbar wäre.